

Andreas Babler, MSc
Vizekanzler
Bundesminister für Wohnen, Kunst, Kultur,
Medien und Sport

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.085.545

Wien, am 26. März 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christofer Ranzmaier und weitere Abgeordnete haben am 27. Jänner 2026 unter der **Nr. 4726/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kostenstruktur der Postdienstleistungen in Österreich“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3, 5 sowie 7 bis 9:

- *Wie hoch waren die Gesamtkosten für Postdienstleistungen (gemäß Universaldienstverpflichtung) in Österreich in den Jahren 2020 bis 2025 jeweils? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr)*
- *Welche Kostenkategorien schlagen dabei am stärksten zu Buche (z. B. Personal, Gebäude, Transportlogistik, IT-Systeme, Digitalisierung, Barrierefreiheit)? (Bitte um Aufschlüsselung in Prozent der Gesamtkosten nach Kategorien und Jahr)*
- *Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten pro erbrachter Universaldienstleistung (z. B. Briefsendung, Paketsendung, Schalterdienst) im Zeitraum 2020 bis 2025 und wie haben sich diese Stückkosten entwickelt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Leistungsarten (Brief, Paket, Schalterdienst, Zustellung) und - sofern möglich - Regionen (städtische vs. Ländliche Regionen bzw. Bundesländer))*

- *Welche Beträge wurden in den Jahren 2020 bis 2025 für Modernisierung und Digitalisierung der Postinfrastruktur jeweils jährlich aufgewendet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern)*
- *Gibt es Überlegungen oder laufende Prüfungen seitens Ihres Ressorts oder der Post AG, neue Modelle zur Zustellung oder Serviceabwicklung zu entwickeln, um Postdienstleistungen in strukturschwachen Regionen kostengünstiger anzubieten (wie z.B. durch Kooperationen mit Gemeindeämtern oder Nahversorgern)?*
- *Gibt es eine Kostenvergleichsanalyse mit den Postdienstleistungen anderer europäischer Länder oder Regionen mit vergleichbarer Topographie (z.B. Schweiz, Norwegen, Bayern)?*
 - a. *Wenn ja, welche Länder oder Regionen wurden konkret verglichen und welche Vergleichsparameter wurden herangezogen?*
 - b. *Wie bewertet Sie die Unterschiede hinsichtlich Effizienz, Kostenstruktur, Transparenz und Servicequalität im Vergleich zur österreichischen Post?*
- *Welche strategischen Überlegungen oder Kriterien liegen dem verstärkten Einsatz von Self-Service-Poststationen zugrunde, insbesondere in Hinblick auf flächendeckende Versorgung, persönliche Betreuung und soziale Verantwortung gegenüber weniger digital-affinen Bevölkerungsgruppen?*

Zu diesen Fragen liegen dem Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS) keine Informationen vor. Es handelt sich dabei um unternehmensinterne Daten bzw. strategische Überlegungen der Österreichischen Post AG. Diese sind nicht Gegenstand parlamentarischer Anfragen. Die Österreichische Post AG trifft als börsenorientiertes Unternehmen unternehmensinterne Entscheidungen in Eigenverantwortung.

Zu Frage 4:

- *Wie hoch waren im Zeitraum 2020 bis 2025 die staatlichen Zuschüsse oder Abgeltungen an die Österreichische Post AG im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Universaldienstverpflichtung? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr)*
 - a. *Welche rechtliche Grundlage und welche Berechnungsmodelle liegen diesen Zahlungen zugrunde?*

Im Zeitraum 2020 bis 2025 gab es seitens des jeweils zuständigen Ressorts keine Zuschüsse an die Österreichische Post AG auf Basis der Regelungen der §§ 13-15 Postmarktgesetz. Grundsätzlich sehen diese eine Abgeltung für Universaldienstleistungen beim Vorliegen gewisser Voraussetzungen zwar vor. Eine der Voraussetzungen für eine Abgeltung ist jedoch, dass nur Betreiber von konzessionierten

Postdiensten mit einem Jahresumsatz über einer Million Euro aus dieser Tätigkeit für eine Ausgleichsleistung herangezogen werden können. Da bislang diese Voraussetzung nie erfüllt war, sind aus diesem Titel keine Ausgleichsleistungen an die Österreichische Post AG erfolgt.

Zu Frage 6:

- *Gibt es derzeit Überlegungen oder Pläne seitens der Post AG oder Ihres Ressorts, die Preise, die Kostenstruktur oder die staatliche Unterstützung für die Post-Grundversorgung zu reformieren?*
 - a. *Wenn ja, welche Reformen sind konkret vorgesehen und in welchem Zeitraum?*

Über Überlegungen seitens der Österreichischen Post AG kann seitens des BMWKMS keine Aussage getroffen werden (es wird auf die obigen Ausführungen verwiesen).

Zu Frage 10:

- *Welche Maßnahmen wurden seitens Ihres Ressorts oder der Österreichischen Post AG ergriffen, um sicherzustellen, dass insbesondere ältere Menschen, Personen mit eingeschränktem Zugang zu digitalen Angeboten oder andere betroffene Gruppen durch den Abbau persönlicher Postdienste nicht benachteiligt werden?*

Im Postmarktgesetz ist eine Vielzahl an Regelungen enthalten, die gewährleisten, dass alle Bürger:innen Zugang zu Postdienstleistungen haben. Auch bei der zukünftigen Ausgestaltung rechtlicher Vorgaben wird auf diesen Aspekt besonders Bedacht genommen werden. Hinsichtlich der Überlegungen der Österreichischen Post AG wird auf die obigen generellen Ausführungen verwiesen.

Andreas Babler, MSc

